auf die beim Beginn der Sitzung abgegebene Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg, betreffend die Zurückziehung des Volksschulgesetzentwurfes, zurück und erklärte im Namen seiner politischen Freunde, daß dieselben durch diese Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten auf das Schwerste berührt worden seien; eine Verständigung über die Vorlage wäre sowohl in der Kommission wie im Lande zu erzielen gewesen, und wenn die Vorlage Gesetz geworden wäre, würde sich die Beunruhigung daß gelegt haben. Freiherr v. Manteuffel brachte die Frage des Unterstützungswohnsitzes zur Sprache und gab dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die in Aussicht gestellte Novelle noch immer nicht eingebracht sei. Zugleich legte er im Einzelnen seine Wünsche bezüglich der Aenderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes dar. Graf Klinckowstroem sprach der Regierung seinen Dank dafür aus, daß sie den Wünschen des Ostens in Bezug auf die Zulassung russischer Arbeiter entgegengekommen sei, und bat den Minister, ein weiteres Entgegenkommen dadurch zu beweisen, daß er die Rückkehr der aus dem Osten nach den Industriebezirken des Westens abgewanderten Arbeiter durch Ermäßigung der Eisenbahntarife ermögliche. Graf Bnin-Bninski sprach die Hoffnung aus, daß der neue Kultusminister von der Haltung seines Vorgängers in Bezug auf die Polen nicht abweichen würde. Frhr. v. Dirant kam nochmals auf die Zurückziehung des Volksschulgesetzes zurück und dankte dem Herrn Reichskanzler Grafen Caprivi für die ritterliche Art, mit welcher derselbe den Kultusminister Grafen Zedlitz unterstützt habe. Ober-Bürgermeister Zweigert (Essen) erklärte dagegen, daß die Mehrheit im Lande erfreut darüber wäre, daß das Volksschulgesetz fallen gelassen sei. In gleichem Sinne sprach Ober-Bürgermeister Bötticher (Magdeburg) eine Befriedigung über die Zurückziehung des Volksschulgesetzes aus, weil dadurch der religiöse Friede wieder hergestellt werde. Auch Fürst Hatzfeldt-Trachenberg schloß sich diesen Ausführungen an; derselbe bezeichnete den Tag, an welchem das Schulgesetz eingebracht worden, als einen dies nefastus, die Befriedigung der Wünsche der Katholiken würden einen bedenklichen Kulturkampf heraufbeschworen haben. Graf v. d. Schulenburg-Wredendorf ging auf die Frage der Freigigkeit ein und berührte dann die Trennung der Aemter des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Graf zu Eulenburg erwiderte, daß durch die Aufhebung der bisherigen Doppelstellung des Reichskanzlers keine Lockerung in den Beziehungen zu Preußen eintreten werde, so wenig wie die Beziehungen Preußens zum Reiche dadurch eine Aenderung erfahren könnten. Kultusminister Dr. Bosse hält es nicht für möglich, jetzt auf das Volksschulgesetz zurückzukommen; es sei patriotisch, jetzt vorwärts zu sehen und nicht rückwärts zu sehen. Mit dem Aufgeben des Volksschulgesetzes werde keineswegs der christlich-konfessionelle Boden verlassen und er werde seinen Anstand, zu erklären, daß er persönlich auf dem Boden des positiven christlichen Bekenntnisses stehe, ohne deshalb der Engherzigkeit oder des Fanatismus beschuldigt werden zu können. Herr v. Kerin erklärte hierauf, daß Herr v. Kleist-Retzow für im Namen seiner engeren Freunde, nicht im Namen der konservativen Partei gesprochen habe. Herr v. Kleist-Retzow erwiderte, daß seine Erklärung dadurch nicht an Werth verliere, dankte aber dem Herrn Kultusminister für seine heutigen Erklärungen. Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen und die Spezialdebatte auf heute vertagt.

Wie regierungsseitig in einer Sitzung der Herrenhauskommission zur Berathung des Staatshaushaltsetats erklärt wurde, ist die Staatsregierung bereit, dem mehrfach ausgesprochenen Wunsche, daß die Zensiten mit unter 3000 Mark Einkommen in ihre sämmtlichen Steuern als Staats-, Kommunal-, Kirchen- und Schulsteuern, an einer Stelle und nicht, wie es häufig vorkommt, an vier Stellen zu zahlen hätten, nahzukommen. Eine einheitliche Regelung der Steuerzahlung kann jedoch nur durch eine anderweite Regelung des Kassenwesens erreicht werden, die vorläufig noch nicht durchführbar ist. Bei Berathung des Einkommensteuergesetzes ist eine Neuordnung der gesammten Erhebungsweise der Einkommensteuer übrigens bereits in Aussicht gestellt.

Weil neben anderen Blättern auch die „National-Zeitung" von nächstehenden Gerüchten Notiz nimmt, geben auch wir dieselben wieder; das gedachte Blatt schreibt:

„Inwieweit sind neue Gerüchte über Veränderungen in der Regierung im Umlauf? Es heißt, daß der Landwirthschaftsminister von Heyden zurücktreten und daß der Ministerpräsident Graf Eulenburg das landwirthschaftliche Portefeuille übernehmen werde. Herr v. Heyden, der aus der konservativen Landtagsfraktion hervorgegangen ist, stand von allen Mitgliedern des Ministeriums dem Grafen Zedlitz am nächsten.

Ein anderes Gerücht wird von einem parlamentarischen Berichterstatter verbreitet, welcher schreibt: „In parlamentarischen Kreisen trat heute mit großer Bestimmtheit die Nachricht auf, daß noch weitere Veränderungen innerhalb des preußischen Staatsministeriums bevorstehen; wie gemeldet wird, tritt Herr v. Boetticher von seinem Aemtern als Vizepräsident des Staatsministeriums und Staatssekretair des Reichsamts des Innern zurück, um das Oberpräsidium der Provinz Hessen-Nassau zu übernehmen."

Nach der „Börsen-Ztg." soll sogar für die Stellung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Finanzminister Dr. Miquel bereits designirt sein.

Auf Grund des § 139 b Absatz 5 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 1. Juni 1891 hat der Bundesrath nachstehende Bestimmungen über die Ermittelung der Zahl der in Fabriken und diesen gleichstehenden Anlagen beschäftigten Arbeiterinnen erlassen:

I. Arbeitgeber, welche Arbeiterinnen in Fabriken, Hüttenwerken, Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, in Werften, in Ziegeleien, welche nicht blos vorübergehend oder in geringem Umfange betrieben werden, in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben beschäftigen, sind verpflichtet, der Ortspolizeibehörde bis spätestens zum 2. Mai 1892 die Zahl der von ihnen am 1. Mai 1892 beschäftigten über sechzehn Jahre alten minderjährigen und großjährigen Arbeiterinnen schriftlich mitzutheilen. Die Mittheilung kann mit der nach § 138 der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 zu erstattenden schriftlichen Anzeige verbunden werden.

II. Auf Anlagen der unter Nr. I fallenden Art, welche nur einen Theil des Jahres im Betriebe sind und ihren Betrieb am 1. April 1892 bereits eingestellt oder noch nicht begonnen haben, finden die vorstehenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige über die Höchstzahl der von ihnen innerhalb der Zeit vom 1. April 1891 bis zum 31. März 1892 beschäftigten Arbeiterinnen über sechzehn Jahre zu erstatten.

Für das Verfahren bei **Zollbeschwerden in Italien** sind folgende Bestimmungen der italienischen Zollgesetzgebung besonders zu beachten.

Nach dem italienischen Gesetze über das Verfahren in Zollstreitigkeiten vom 13. November 1887 — Nr. 5029 — muß die Beschwerde (reclamo o riconversia) bei der Zollbehörde mündlich zu Protokoll vorgetragen werden. Dies hat nach dem Zollgesetze vom 8. September 1889 — Nr. 6387 — zu geschehen, so lange die Ware sich noch im Gewahrsam der Zollstelle befindet. Ist sie einmal von dort entfernt, so wird keine Beschwerde mehr angenommen.

Will der Beschwerdeführer, um die Waare herauszubekommen, den von ihm innewohnt, wenn es seiner Ueberzeugung entspricht, zu empfiehlt es sich, dies nur unter ausdrücklichem Vorbehalt zu thun, damit die Zahlung nicht etwa als endgültige, und somit als Verzicht auf die Beschwerde aufgefaßt wird.

Journal-Revue.

Die Blätter fahren fort, die übermundene Krisis und deren Ursachen je nach ihrem Standpunkte in verschiedenem Sinne zu besprechen. Die „Schlesische Zeitung" äußert u. A.: „Graf Zedlitz ist ein konservativer Mann von streng christlicher Gesinnung. Seine ersten Verwaltungsmaßregeln, namentlich in der sogenannten Volksschulfrage, mögen übereilt und nicht glücklich gewesen sein. Aber sie inaugurirten an sich noch kein neues System, wurden indeß allseitig so aufgefaßt und ausgenutzt. Als sein Volksschulentwurf erschien, war das Urtheil der öffentlichen Meinung über denselben fertig, ehe noch der Inhalt der neuen Vorlage auch nur den wirklich urtheilsfähigen Kreisen bekannt geworden war. Graf Zedlitz hat es nicht beabsichtigt, die Herrschaft der Kirche, zumal der katholischen, über ein Einflußgebiet des Staates, als welches sich die Schule zweifellos darstellt, auszudehnen. So aber wurde sein Volksschulgesetz geneutet und ausgebeutet von Freunden und Gegnern des Entwurfs. „Auslieferung der Schule an die Kirche", „Reaktion auf geistigem Gebiet" — Das waren die Schlagwörter, nach denen sich die Stellungnahme großer Parteien und der durch sie vertretenen Bevölkerung zu dem schwerwiegenden Gesetze vollzog. Mochte der Minister diese Stellungnahme für noch so ungutreffend, sich zu weitgehenden Konzessionen an die parlamentarische Minderheit bereit erklären und diese Bereitwilligkeit durch die That beweisen — es nützte Alles nichts. Die Agitation gegen den Entwurf wurde fortgesetzt und eine Beunruhigung erzeugt, welcher Rechnung zu tragen staatsmännisch geurtheilt schien. Aus praktisch-politischen Gründen mag daher die Zurückziehung des vielinstritirenden Entwurfes gebilligt werden. Und daß Graf Zedlitz unter solchen Umständen zurücktrat, gereicht ihm zur Ehre und erhöht die Achtung, welche dem scheidenden Minister allseitig gezollt wird."

Die „Germania" läßt sich folgendermaßen vernehmen: „In den Verkommnissen des vorletzten Donnerstag sind wir, die Polen, die Konservativen als minderwertig behandelt worden im Vergleich mit den Mittelparteien; die Minderheit dieser, die beim erhobenen Geschrei nicht einmal in dem Maße den Muth gehabt hätte, wenn sie nicht erstaunlicher Weise vom Ministerium aus sogar, das doch den Schulgesetzentwurf eingebracht hatte, ermuthigt worden wäre, ist höher gewerthet worden, als unsere Mehrheit, sie wie Alles und die breite Masse des Volkes hinter sich hat. Eine solche Behandlung und der Fall des Schulgesetzes an sich kann natürlich nicht ohne Folgen bei uns bleiben; andererseits müssen wir wieder zugeben, daß auch die Konsequenz der Lage nicht gezogen worden ist, indem sonst Bennigsen oder Miquel Reichskanzler und Ministerpräsident hätten werden müssen, wovon nicht einmal Jemand gedacht hat. Aber, was geschehen ist, genügt, daß das in den letzten Jahren allmälig gewonnene Maß des Vertrauens nicht mehr vorhanden ist und erst durch Thaten wieder erworben werden kann. Was sich daraus für unsere Stellung zur Regierung ergiebt, ist auch dem eben Gesagten klar. Und besonders müssen wir daran erinnern, daß der Kulturkampf nicht bloß auf dem Gebiete der Kirche, sondern auch der Schule verwüstet hat. Wir fordern hier die Zustände vor den siebenziger Jahren zurück und würden nach dem Falle des Schulgesetzes die sämmtlichen Anträge wie der Windthorst'sche in jener Session einbringen müssen, um so stufenweise zu einer rechtlich gesicherten christlichen Schule, deren Staat und Volk dringend bedürfen, zu gelangen!"

Die demokratische „Frankfurter Zeitung" beginnt ihren leitenden Artikel vom 26. d. M. also: „Und nun, nachdem die Staatskrisis überstanden, die Geschichte zu Ende ist — quid docet fabula? was lehrt sie in Entstehung, Verlauf und Ausgang für die Gegenwart und für die Zukunft?" Die am Schlusse gegebene Antwort lautet: „Der Stein im Sumpfe macht keine Ringe", sagt der Dichter; die sich erweiternden Ringe der Bewegung gegen das Schulgesetz bezeugten, daß das deutsche Bürgertum, wie schlimm auch das Bismarck'sche Regiment auf sein Denken und Wollen eingewirkt hat, doch noch nicht so verkumpft ist, um unter das Joch einer mit dem Zunftthum verbündeten Hierarchie seinen Nacken zu beugen. Abklärt oder dissipirt erwarte, jene Mächte des geistigen Rückschritts, die sich vermessen, mit Sprüchen und Formeln den Fortschritt aufzuhalten, wenn ihnen dazu das weltliche Regiment den Arm leiht. Eine Gewalt schöpfen sie aus jenem erfolgreichen Widerstand auch für die Zukunft, so wenig neue Versuche in der gleichen Richtung nach Verantwortung der Persönlichkeiten und nach der Gesetzung der Verhältnisse ausgeschlossen sind, die Gewähr nämlich, daß das Bürgerthum, nachdem es sich seit Jahrzehnten zum ersten Male wieder der Macht bewußt geworden ist, die ihm innewohnt, wenn es seiner Ueberzeugung vollen Ausdruck giebt, auch ferner aller Attentatsversuche auf seinen geistigen und politischen Besitzstand zu erwehren suchen und zu erwehren wissen wird und daß es erkannt hat, jede Nachsicht sei für den in seinem Theuersten Bedrohten vom Uebel. „Wer den Teufel erschrecken will, muß laut schreien", mahnt der Dichter; wir haben gesehen, wie das laute Schreien diesmal den Teufel der Orthodoxie und der geistigen Knechtung, der sich des Sieges schon sicher wähnte, zurücktreiben und bejammern hat. In dieser Lüftung und Kriegsbereitschaft gilt es zu verharren, denn der Sieg wird erst unser sein, wenn wir, aus der Noth der Defension erlöst, selbst zum Angriff schreiten und den Feind in seinen letzten Verschanzungen bezwingen können. Wie bald dahin, sei die Parole nicht für diese oder jene Parteirichtung — denn so lange es dem Feinde, sie nicht scheidet, dürfen sie sich nicht selbst scheiden — sondern für das gesammte freidenkende und vormärzfreundliche Bürgerthum: Wachet und betet!"

Der „Hannoversche Kurier" schreibt: Aus den Kreisen der Volksschullehrer geht uns das Ersuchen zu, nachdem das unglückselige Volksschulgesetz gefallen, doch für eine Erledigung der Dotationsfrage in dieser Session einzutreten. Wie haben dies sofort gethan, als wir die erste Nachricht von dem Scheitern des Volksschulgesetzes brachten, und glauben, daß auch im Abgeordnetenhause eine wirksame Anregung in diesem Sinne erfolgen wird. Aus Berlin wird uns indessen zu der angeregten Frage geschrieben: Es darf als sicher angenommen werden, daß auf die weitere Berathung des Volksschulgesetzes von Seiten der Staatsregierung verzichtet werden wird. Dem Gedanken, ein Dotationsgesetz aus der vielbesprochenen Vorlage noch in dieser Session herauszuschälen, wird schon aus dem einfachen Grunde nicht gut näher getreten werden können, weil es schwer angeht, diese eine Frage zu lösen, ohne gleichzeitig einer Reihe anderer verquertes. Bei den Konservativen aber und dem Zentrum dürfte schwerlich allzu große Bereitwilligkeit dazu vorhanden sein; gerade im Augenblick einen Theil der Schulfrage vorweg zum Austrag zu bringen, ohne gleichzeitig wegen der konfessionellen Charakteren der Volksschule eine Entscheidung herbeizuführen, wie sie bisher im Streite der Parteien erstrebt wurde. Der Zwist würde also sofort wieder von Neuem losbrechen."

Auch die bemühtzliche Stellungnahme des Grafen Eulenburg und des Kultusministers wird in den Kreis von gegensätzlichen Kontroversen gezogen. So bemerken die „Hamburger Nachrichten" hinsichtlich des Ersteren: „Nach den Antecedentien des Grafen Eulenburg ist zu vermuthen, daß er den Liberalen näher steht, als Graf Caprivi. Bei den hervorragendsten Vorkommnissen seines früheren Ministeriums hat er sich auf der liberalen Seite des Konseils, wenn man sie so nennen kann, befunden. Er hat nach dem Nobiling'schen Attentat gegen die Auflösung des Reichstags gestimmt und für welche Frage damals im Ministerrath seitens des Kronprinzen als Stellvertreter seines verhinderten Vaters die Entscheidung getroffen wurde. Im zweiten Falle, der das Ausscheiden des Grafen zur Folge hatte, war sein Standpunkt auch der liberalere. Der Ministerpräsident hatte an dem königlichen Recht der Beaufsichtigung der Landräthe und Gemeinden festgehalten, Graf Eulenburg sie gewählten Vertretern übertragen wollen. Wir lassen die Richtigkeit der einen oder anderen Ansicht hier unerörtert, jedenfalls geht daraus hervor, daß der Konservativismus des Grafen Eulenburg nicht bis zu der Linie reicht, die damals Fürst Bismarck vertreten hat, wenn man kann von jenem neuen Ministerpräsidenten wie früher einen moderirenden Einfluß auf den Konservatismus erwarten."

Bezüglich des Dr. Bosse wird in der „Kölnischen Volkszeitung" gemeint: „Der neue Kultusminister ist den Katholiken schwerlich so wohl gesinnt als Graf Zedlitz, aber die Liberalen sind vom Regen in die Traufe gekommen. Kirchlich und politisch steht Herr Dr. Bosse jedenfalls weiter rechts als Graf Zedlitz. Der abgetretene Kultusminister erklärte noch kürzlich im Abgeordnetenhause, er sei immer „ein Einspänner", kein Anhänger einer politischen Partei gewesen. Von Herrn Bosse wird das Niemand sagen; er steht auf dem rechten Flügel der konservativen Partei, auf dem Standpunkte des „Reichsboten" etwa. Seine Schulpolitik wird abzuwarten sein; dagegen steht bei jedem Kundigen fest, daß die liberale Theologie in der Landeskirche und in der Protestantenverein unter ihm keine vergnügten Tage haben werden. Herr Dr. Bosse ist ein entschiedener Gegner der modernen Theologie à la Kirchl und seiner Schüler, und da er nicht blos ein strenger Orthodoxer, sondern in der Verfolgung seiner Ziele auch ein guter Stratege ist, dürfte er mit dem protestantischen Kirchen-Liberalismus so weit aufräumen, als es überhaupt möglich erscheint. Einzelne liberalen Theologie-Professoren sind somit zu ihrem Protest gegen das Volksschulgesetz in einer Weise beschworen worden, wie sie es sich schwerlich vorher gedacht hatten. Der neue Minister hat für hyspitisch-theologischen Dinge mehr Interesse als sein Vorgänger, so daß man in orthodox-konservativen Kreisen nicht daran zweifelt, ein wesentlicher Theil seiner Thätigkeit werde den landeskirchlichen Verhältnissen im Sinne einer kräftigen Stärkung der positiven Parteien gewidmet sein."

Parlamentarisches.

* Der Nachtragsetat, betreffend die strategischen Bahnen, ist gestern Abend von der Budget-Kommission des Reichstages gegen 2 Stimmen (Sozialdemokraten) angenommen worden.

* Im Herrenhause hat Freiherr v. Manteuffel mit Unterstützung von mehreren anderen Herren zu der Denkschrift, betreffend den Kanal von Dortmund nach den Emshäfen, den Antrag eingebracht: Das Herrenhaus wolle beschließen, die Regierung zu Staatsregierung zu ersuchen:

die vorgelegte Denkschrift betreffend den im Jahre 1886 genehmigten Kanalprojekts von der Bedingung abhängig zu machen, daß die Mehrkosten — mit Ausnahme derjenigen, welche durch den Anschluß an den Mittellands-Kanal bedingt sind — durch freiwillige Beiträge der Interessenten gedeckt werden.

* Der dem Abgeordnetenhause zugegangene Gesetzentwurf, betr. die **Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes**, lautet im § 1:

Die Staatsregierung wird ermächtigt:

1. Zur Herstellung von Eisenbahnen und der durch dieselbe bedingten Vermehrung des Fuhrparks der Staatsbahnen, und zwar: a) Zum Bau einer Eisenbahn: 1. von Gramenz nach Bublitz die Summe von 1 990 000 ℳ, 2. von Schivelbein nach Polzin die Summe von 2 450 000 ℳ, 3. von Stettin nach Tossenitz die Summe von 5 300 000 ℳ, 4. von Feetzenmühle nach Stade die Summe von 6 569 000 ℳ, 5. von Paderborn nach Büren die Summe von 3 290 000 ℳ, 6. von Wiersleb nach Türkismühle die Summe von 3 000 000 ℳ. b) Zur Beschaffung von Betriebsmitteln: die Summe von 3 690 000 ℳ.

II. Zur Anlage des zweiten bezw. dritten und vierten Gleises auf den nachstehend bezeichneten Strecken und zu den dadurch bedingten Ergänzungen und Gleisveränderungen auf den Bahnhöfen: 1. Thorn (Katharinenflur) — Korschen die Summe von 4 816 320 ℳ, 2. Trier L/M.—Landesgrenze bei Sierck die Summe von 1 275 000 ℳ, 3. Oberglogau—Georgsruhe die Summe von 1 050 000 ℳ, 4. Cosel-Kandrzin—Nendza die Summe von 1 270 000 ℳ, 5. Breslau—Königszelt (Grunderwerb) die Summe von 400 000 ℳ, 6. Berliner Ringbahn zwischen Schöneberg und Charlottenburg Bpd. die Summe von 150 000 ℳ, 7. Berliner Ringbahn zwischen Wilmersdorf — Friedenau und Halensee beziehungsweise Halensee — Grunewald die Summe von 1 537 000 ℳ, 8. Charlottenburg — Grunewald die Summe von 855 000 ℳ, 9. Halle — Nauendorf und Sandersleben—Aschersleben die Summe von 1 353 000 Mark, 10. Bahrenfeld—Blankenese die Summe von 595 000 ℳ, 11. Duisburg—Hochfeldbahnhof die Summe 1 000 000 ℳ, 12. Sandbek—Altenbecken, nebst Beseitigung des Schleifgeleises im Altenbeckener Tunnel die Summe von 398 000 ℳ, 13. Sagebohr—Bremen die Summe von 550 000 ℳ, 14. Langendreer (Rb.)—Dortmund (Rb.)—Weiner die Summe von 1 750 000 ℳ, 15. Werden—Kupferdreh die Summe von 860 000 ℳ, 16. Bahnhof Eller—Blockstation Eller die Summe von 75 000 ℳ, 17. Wehrhoog—Praest die Summe von 500 000 ℳ, 18. Eldoog—Büren die Summe von 670 000 ℳ, zusammen 19 104 920 ℳ.

III. Zu nachstehenden Bauausführungen: 1. für den Ausbau der Badbahnstrecken Morgenroth—Beuthen O./S. — Borsigwerk — Karf einschließlich Erweiterung der Bahnhöfe Morgenroth, Borsigwerk, Peiskretscham, Karf und Beuthen O./S. die Summe von 7 400 000 ℳ, 2. zur Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Deutsch-Wette nach Groß-Kunzendorf die Summe von 372 000 ℳ, 3. zur Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Strehlen nach Grottkau mit Abzweigung nach Wansen die Summe von 635 000 Mark, 4. zur Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Hirschberg nach Gnadenfrei die Summe von 460 000 ℳ, 5. zur Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Neusalz a./O. über Freistadt einerseits nach Sagan, andererseits nach Rietsch die Summe von 610 000 ℳ, 6. für den Umbau des Bahnhofs Westend der Berliner Ringbahn die Summe von 1 150 000 ℳ, 7. zur Deckung der Mehrkosten: a) für die Anlage des dritten und vierten Gleises auf der Strecke Berlin—Zehlendorf und für die Erweiterung des Bahnhofs auf dieser Strecke die Summe von 910 000 ℳ, b) für die Anlage des dritten und vierten Gleises auf der Strecke Neubabelsberg—Potsdam die Summe von 350 000 ℳ, 8. zur Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Zella-Mehlis über Schmalkalden nach Klein-Schmalkalden die Summe von 2 200 000 ℳ, 9. zur Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Oldruf nach Gräfenroda die Summe von 420 000 ℳ, 10. für den Umbau des Bahnhofs Kiel die Summe von 5 640 000 Mark, 11. für den Umbau des Bahnhofs Altenbeken die Summe von 1 037 000 ℳ, 12. für den Umbau des Bahnhofs Soest die Summe von 1 800 000 ℳ, 13. zur Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn von Weilburg nach Laubusschbach die Summe von 100 000 ℳ, 14. zur Deckung der Mehrkosten für die Umgestaltung der Bahnhofsanlagen zu Münster i./W. die Summe von 80 000 ℳ, 15. für die Herstellung einer Bahnverbindung zwischen Remscheid und Menninghausen die Summe von 560 000 ℳ, 16. zur Deckung der Mehrkosten für die Umgestaltung der Bahnanlagen innerhalb des Festungsgebiets der Stadt Köln die Summe von 7 400 000 ℳ, 17. für Anlage von Straßen und Erwerb von Grund und Boden behufs Verwerthung der in Folge Umgestaltung der Bahnhofsanlagen in Düsseldorf frei gewordenen Grundstücke die Summe von 1 440 000 ℳ, 18. für den Ausbau der bestehenden Strecken zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit derselben die Summe von 69 840 ℳ, 19. für die Errichtung von Wohnhäusern für Arbeiter der Eisenbahnverwaltung in Frankfurt a./M. die Summe von 230 000 ℳ, 20. für die Vermehrung, Erweiterung und bessere Ausrüstung der Werkstätten und Wagenschuppen die Summe von 2 500 000 ℳ, zusammen 35 563 840 ℳ;

IV. zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die bereits bestehenden Staatsbahnen die Summe von 10 000 000 ℳ, insgesammt 90 757 760 ℳ zu verwenden.

* Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausführung einer Kanalisation der Stadt Bielefeld, hat gestern Abend von der Regierung im Auftrag des Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, Herrn Dr. Lucius, die Mittheilung erhalten, daß die Regierung bereit sei, die Kosten der Kanalisation der Stadt Bielefeld, welche sich auf 1 500 000 ℳ belaufen, zu übernehmen.

* Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausführung einer Kanalisation der Stadt Bielefeld, hat gestern Abend von der Regierung im Auftrag des Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, Herrn Dr. Lucius, die Mitteilung erhalten, daß die Regierung bereit sei, die Kosten der Kanalisation der Stadt Bielefeld, welche sich auf 1 500 000 ℳ belaufen, zu übernehmen.

Aus Berlin.

v. Im Kunstgewerbemuseum ist seit einigen Tagen eine Sammlung französischer Medaillen und Plaketten ausgestellt, welche eine der wichtigsten Neuerwerbungen ist, die das Museum in den letzten Jahren gemacht hat. Die Bildhauer und Medailleur Louis Oscar Roty ist der Schöpfer dieser zahlreichen kleinen Kunstwerke, deren jedes einzelne zeigt, welche Höhe gerade diese Gattung der Plastik in Frankreich erreicht hat. In voller Uebereinstimmung mit den Meistern der italienischen Renaissance haben die Franzosen bei ihren Medaillen den Grundsatz festhalten, daß der schaffende Bildhauer Künstler und Techniker zugleich sein muß, nicht nur das Relief wird von ihm modellirt, sondern auch der Guß und die folgende Ziselirung liegt meist in derselben erprobten Künstlerhand. Aus dieser Verschmelzung sind jene bewundernswerthen Arbeiten eines Chaplain, Dupuis und Dubois entstanden, welche für alle Zeiten vorbildlich sind und gerade für unsere deutsche Kunst, die nach dieser Richtung hin so wenig Vollendetes produzirt, vielfache Anregungen und Fingerzeige in sich schließt. Roty's Arbeiten gehören zu dem Besten, was in den letzten Jahrzehnten aus Pariser Medaillenwerkstätten hervorging; ein Blick auf diese fein modellirten, lebensvoll wirkenden Portraits, auf die theils lieal-, theils annähnlich realistisch aufgefaßten Kompositionen, zeigt, daß man es hier mit den Kunstäußerungen eines Meisters zu thun hat. Nicht blos Bildnisse, welche seine berühmten Landsleute, wie Delisle, Cherveuil und Andere bedeutlichen, hat Roty mit dem erhöhten Lebensgefühl eines begabten Portraitbildhauers geschaffen, auch jene reizvollen, halb genrehaften Darstellungen, mit welchen er hier ein „Mutterwerk" seiner fleißigsten Schüglinge, dort ein „Alpenklub" seine eifrigsten Mitglieder ausgezeichnet, sind aus seinem Atelier hervorgegangen. Die Feinheit und Größe der Linienführung führt im Verein mit der Feinheit, welche Roty allen Details angedeihen läßt, einen Akkord von selten vorkommender künstlerischer Harmonie. Ein strenges Festhalten an der runden Form der Medaillen findet sich in Frankreich nicht, wir sehen hier neben vierecken ovale Prägungen, aber die Vorzüglichkeit der Ausführung ist bei diesen verschiedenen Exemplaren stets die gleiche. Ziselirung und Färbung des Metalls zeigen eine Vollendung, welche die Roty'schen Medaillen vorbildlich für diesen Kunstzweig machen.

Hoffentlich wird diese letzte Erwerbung des Museums Anregung geben, daß die bei uns so wenig gepflegte Medaillenkunst wieder mehr in den Vordergrund tritt; welche Fülle von Aufträgen könnten allein schon die zahlreichen Vereine, Innungen, Klubs ꝛc. den Künstlern zukommen lassen. Statt ihren Mitgliedern oder einzelnen sich hervorthuenden Genossen eine bedeutsame, künstlerisch durchgearbeitete kleine Medaille zu geben, begnügen sich die zum Theil recht wohlhabenden Vereine — wenn sich nämlich bezüglich der statthindenden theuren Festessen Kommerse ꝛc. ein Schluß auf die betreffende Kasse gziehen läßt — mit Vereinsgeschen, welche über billigste Galvanoplastik, vergängliche Schiefern nicht hinausgehen. Die Unsolidität des Materials macht diese Zeichen nach kurzer Benutzung unansehnlich, und so soll ein dennoch, wohlverwahrt gegen Luft und Licht, einige der jetzt üblichen billigen Festmünzen, Vereinsbeichen u. s. w. auf die Enkel gelangen, so werden diese Andenken Bewunderung zugehen, daß ihre Väter nach der Devise „billig und schlecht" gearbeitet haben. Gerade nach dieser Richtung hin wäre in dem vereinsreichen Norddeutschland ein Wandel aufs Dringendste zu wünschen; das auf diese Weise angelegte — an Pfennigen sich Kommende entzogene — kleine Kapital würde bald reiche Früchte tragen.

---

* Im Befinden des Direktors Ernst Renz ist eine erfreuliche Besserung eingetreten, welche hauptsächlich den Umstande zuzuschreiben ist, daß der Patient wieder reichlichere Nahrung zu sich nimmt und dadurch sein Kräftezustand wesentlich gehoben wurde.

* Die Berliner Schachgesellschaft veranstaltet heute Abend 8 Uhr in ihrem Lokale, Belleuestraße 20 I, einen Damen-Spielabend, zu welchem schachkreundliche Damen willkommen sind. Einige ausgezeichnete Damen-Spielerinnen Potsdam haben ihr Erscheinen zugesagt. Demnächst werden auch wiederum Blind- und Massenpiele unternommen werden. Bei einem kürzlich veranstalteten Massenspiele kämpfte Herr Horatio Caro gegen 25 Gegner und gewann binnen zwei Stunden 21 Partieen, während die übrigen unentschieden blieben.

* Am 20. Mai wird in den Räumen der Philharmonie eine Produkten- und Nahrungsmittel-Ausstellung eröffnet, deren interessantester Theil die Ausstellung von Erzeugnissen des Weinbaues zu werden verspricht. Eine stattliche Reihe österreichischer und ungarischer Produzenten hat bereits Mitteilungen seit belegt, in denen die Einnahmen von ihr, worauf dann die Kommission Veranlassung nahm, auch jenen beiden Gemen, die sich mit 2700 ℳ eingeschätzt hatten, ein Einkommen von 3 000 000 ℳ in die Steuerlisten zu schreiben.

* Der gestrige Abend hat Berlin in der besseren Stunde das erste Frühjahrsgewitter gebracht. Rudolf Falb, der den gestrigen 28. März als „den stärksten kritischen Tag dieses Jahres bezeichnete, wird sicher nicht unterlassen, daßselbe zu registrieren.

* Gestern früh 5½ Uhr entgleiste auf der Stadtbahn Station Stralau bei Einfahrt des in der Richtung von Treptow kommenden Sidringzuges der zweite Wagen im Zuge in Folge doppelten Weichenstellung. Personen wurden nicht verletzt. Der Betrieb wurde nicht gestört, nur die in der Richtung nach dem Schlesischen Bahnhofe fahrenden Sidring- und Görlitzer Vorortzüge erhielten auf der Strecke Stralau-Rummelsburg Schlesischer Bahnhof Verspätungen von 15 bis 20 Minuten. Die Instandsetzung des Gleises war um 9 Uhr Vormittags beendet.

* In der Nacht zum Montag entstand in dem Tanzsaale der Bäckerberufsgenossenschaft, in einer Schlägerei, wobei ein Arbeiter, ein Stuckateur, ein Steindrucker, ein Former und zwei unbekannte Personen zum Theil bedeutend verletzt wurden. Die Beteiligten verschwiegen, Bäckergesellen Höfer und Hawoka, wurden verhaftet.

* (Polizeibericht.) Am 26. d. M., Mittags, wurde im Landwehrkanal, nahe der Cornelius-brücke, die Leiche eines unbekannten, etwa 40 Jahre alten Mannes angeschwemmt. Zu Pfingsten hat wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Markusstraße erhängt vorgefunden. — In der Landsberger Straße wurde Nachmittags ein Kaufmann, als er das in Ausbesserung begriffene Geschäftswagens anhalten wollte, eine Strecke weit mitgeschleift und erlitt dabei anscheinend innere Verletzungen. — In der Nacht zum 27. sprang ein ohnlicher Arbeiter vom Schlesischen in die Spree, wurde jedoch mittelst Rettungsboot aus dem Wasser gezogen. — Am 27. Vormittags wurde ein Redakteur in seiner Wohnung, in der Bärwaldstraße, erhängt vorgefunden. — Auf dem Bahnhof Moabit wurde der Bahnarbeiter beim Abspringen von einer Rangirmaschine von einem Eisenbahnzuge eines in demselben Augenblick vorüberkommenden Ringbahnzuges erfaßt und auf das Geleise geworfen. Es wurde ihm dabei die rechte Hand abgefahren, er erlitt außerdem anscheinend schwere innere Verletzungen. Gegenüber dem Grundstück Weidendamm 1 sprang Nachmittags ein Holzbildhauer in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen. — Zu derselben Zeit versuchte ein Mädchen in der Wohnung seiner Mutter, in der Augustestraße, sich zu erhängen. Es wurde indessen noch rechtzeitig aus seiner Lage befreit. — Gegen Abend wurde eine Frau in der Kastanienallee betrunken und mit einer bedeutenden, von einem Fall herrührenden Verletzung aufgefunden. — In der Klosterstraße wurde Abends ein Unternehmer unter einer Droschke überfahren, und erlitt außer schweren Quetschungen beider Schienbeine auch innere Verletzungen. — Am 28. Morgens er-

---

* Die Weihe des auf dem Grundstück Alte Jakobstraße 128 am errichteten Logenhauses der Berliner Odd-Fellow-Logen J. O. O. O. F. hat am Sonntag Nachmittag stattgefunden.

* (Vergnügungen.) Die Grenzen der Menschheit werden vom 1. April in Gaftan's Panoptikum zu sehen sein, u. z. die Grenzen der Menschen nach oben in ihrem Wachsthum ins Gigantische, und die nach unten in liliputanischer Kleinheit. Diese Kontraste werden vertreten sein durch die bekannte Pupvenser Pauline mit über 40 Zentimeter-Größe und eine in demselben Alter stehende Französin, die 16jährige Mlle. Aama, die nicht weniger als 9 Fuß hoch ist. — Da „das Reit- und Ballet à la Zatterfall" im Gaustal noch immer seine Zugkraft bewährt, hat Direktor